

Beginn: 10:06 Uhr

Präsidentin Carina Gödecke: Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich heiße Sie ganz herzlich willkommen zu unserer heutigen, 64. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen.

Mein Gruß gilt unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich elf Abgeordnete entschuldigt; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich gerne noch einmal auf den Vorfall aus der gestrigen Plenarsitzung zu Tagesordnungspunkt 6 zurückkommen.

Ich habe den mit transparenten Westen bekleideten Mitgliedern der Piratenfraktion – insgesamt 17 Kolleginnen und Kollegen – wegen unparlamentarischen Verhaltens eine **Rüge** erteilen müssen. Sie waren nämlich auch nach dreimaliger Aufforderung nicht bereit, ihre Westen abzulegen. Genau auf diesen Umstand beziehen sich die erteilten Rügen. Ich habe Rügen ausgesprochen, weil das individuelle und das kollektive Verhalten eine unzulässige Demonstration war.

In diesem Haus werden aber die politischen Auseinandersetzungen nur in Rede und Gegenrede ausgetragen. Die Mehrheiten sollen durch Argumente, nicht durch öffentlichkeitswirksame Aktionen gefunden werden.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Das ist auch unser Anliegen!)

Deshalb ist es guter Brauch, sich hier und in allen anderen Parlamenten in der Debatte auf den Austausch von Argumenten zu konzentrieren und solche Aktionen nicht zuzulassen.

Ebenso wenig akzeptabel ist, dass eine dreimalige Aufforderung, die Demonstration zu beenden, nicht beachtet wurde. Das Parlament organisiert seine Abläufe selbst. Damit dies möglichst ausgewogen und unangreifbar geschieht, werden alle Fraktionen an der Aufgabe der Sitzungsleitung beteiligt. Die jeweiligen Sitzungsleiter müssen ihrer Ordnungsfunktion nachkommen, aber auch nachkommen können. Dies ist gestern bewusst und gezielt missachtet worden. Da es nicht mehr um Unwissenheit, sondern einen gezielten Regelverstoß ging, waren die Rügen die logische Konsequenz. Auch jetzt möchte ich diesen Vorgang noch einmal mit aller Klarheit verurteilen und meine Missbilligung aussprechen.

Das Verhalten von gestern wirft allerdings auch die Frage auf, ob die bestehenden Instrumente der Geschäftsordnung ausreichen, auf solche Vorfälle angemessen reagieren zu können.

Ich denke, dass die anstehende Beratung zum Abgeordnetengesetz Gelegenheit bietet, sich dieser Frage vertieft zuzuwenden.

Mit diesen Bemerkungen, liebe Kolleginnen und Kollegen,

(Dr. Joachim Paul [PIRATEN] und Marc Olejak [PIRATEN] melden sich zu Wort.)

steigen wir in die **Tagesordnung** ein:

1 Große Koalition beschließt EEG-Reform mit verheerenden Folgen für den Industriestandort NRW – Rot-grüne Landesregierung schaut bisher tatenlos zu

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/6191

Die Fraktion der FDP hat mit Schreiben vom 30. Juni 2014 gemäß § 95 Abs. 1 unserer Geschäftsordnung zu der zuvor genannten aktuellen Frage der Landespolitik eine Aussprache beantragt.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner vonseiten der antragstellenden Fraktion der FDP Herrn Kollegen Brockes das Wort.

Dietmar Brockes (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Seit über zwei Jahren haben wir eine öffentliche Debatte über die überfälligen Korrekturen bei der Förderung erneuerbarer Energien. Es war alleine die FDP, die frühzeitig die Zeichen der Zeit erkannt und bereits kurz nach der letzten EEG-Reform eine wirklich grundlegende Überarbeitung der Förderung der Erneuerbaren angemahnt und dazu Vorschläge unterbreitet hatte. Bei allen anderen Parteien – SPD, CDU und erst recht bei den Grünen – hat sich dieses Erkenntnis erst im vergangenen Bundestagswahlkampf so richtig durchgesetzt.

Viel Zeit ist deshalb vertan worden – wertvolle Zeit. Das rächt sich nun im EEG-Gesetzgebungsverfahren der sogenannten Großen Koalition. Was mussten wir nicht alles mit ansehen: Referententwürfe zirkulierten quasi im Stundentakt. Über Entlastungen oder Belastungen bei der EEG-Umlage wird in Milliardenhöhe gepokert. Die handwerklich schlampig gemachte EEG-Novelle wird mit atemberaubendem Tempo durch den Bundestag geschleust. Das Ergebnis ist, dass das Gesetz eine Haltbarkeitszeit von nicht einmal einer Woche hat. Da musste es schon repariert werden. Die „Rheinische Post“ titelte gestern zu Recht: „Die große Koalition der Schlamperei“.

Das EEG ist ein Subventionsmonster, das jährlich 24 Milliarden € von unten nach oben umverteilt. Die Gesellschaft, private Haushalte und Unternehmen,

Ich sage es noch einmal ganz deutlich: Ich finde, spätestens nachdem wir in einer gesonderten statistischen Aufbereitung in Nordrhein-Westfalen dargestellt haben, dass auf jede politisch rechts motivierte Straftat bei diesen Tätern zwei Straftaten der Allgemeinkriminalität kommen, muss man feststellen: Diese Täter sind nicht nur gefährlich, sie sind allgemeingefährlich.

Spätestens nach der Entdeckung der NSU-Morde müssen wir doch darauf reagieren, dass das Bild, das vom Rechtsextremismus statistisch gezeichnet wird, schlichtweg falsch ist und überarbeitet werden muss.

Herr Kruse, ich finde, es ist an der Zeit, dass auch eine CDU nicht mehr alles gleichsetzt, sondern eine differenzierte Betrachtung vornimmt. Auch einer CDU würde es gut zu Gesicht stehen, zu sagen: Auch wir tragen einen Teil dazu bei, dass Rassismus, rechte Gewalt und Rechtsextremismus keinen Platz in Nordrhein-Westfalen haben dürfen.

(Beifall von der SPD und den PIRATEN)

Dafür müssen Sie Ihre alte Platte wirklich erneuern. Denn es gibt qualitative Unterschiede.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich würde ganz gerne noch einmal auf den Kern des vorgelegten Antrages zu sprechen kommen, den ich sehr dankbar entgegennehme – im Übrigen auch, Herr Stamp, was die heutige Abstimmung angeht –, weil er eine Unterstützung des Parlamentes für die nordrhein-westfälische Linie in der Innenministerkonferenz darstellt. Dies möchte ich heute sozusagen als ein Bild des Parlaments für die dort anstehende Beratung im Rucksack mitnehmen.

Auf der letzten Innenministerkonferenz haben wir dieses Thema mit den Senatoren und Ministerkollegen sehr intensiv diskutiert und schließlich gesagt: Ja, wir müssen eine veränderte Darstellung erreichen, sodass beispielsweise die nordrhein-westfälischen Erkenntnisse über rechte Täter, die nicht nur rechts motivierte Straftaten, sondern auch Straftaten der Allgemeinkriminalität begehen, besser in der PMK-Statistik abgebildet werden.

Wir sind jedoch noch einen Schritt weiter gegangen und haben gesagt: Die Definitionen von unterschiedlichen Straftaten in dieser Statistik müssen wir auch deshalb dringend überarbeiten, weil sich die Gesellschaft rasant verändert und damit auch die Kriminalität rasant verändert. Bestimmte Aspekte, die im Zusammenhang mit Straftaten stehen und heute existieren, waren vor 20 Jahren unbekannt und werden somit nicht mehr ordentlich abgebildet – Stichworte „Cybercrime“ und „Kinderpornografie“.

Meine Damen und Herren, ich glaube, das ist eine vernünftige und sehr richtige Positionierung des Parlaments in dieser Frage. Ich nehme das gerne für die weiteren Beratungen der Innenministerkonfe-

renz mit und danke dem überwiegenden Teil des Parlaments für seine Unterstützung.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN, der FDP und den PIRATEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Minister Jäger. – Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Somit schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Die antragstellenden Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten haben direkte Abstimmung beantragt, zu der wir somit kommen. Es wird abgestimmt über den Inhalt des Antrags Drucksache 16/6122 – Neudruck. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den darf ich um sein Handzeichen bitten. – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Piraten. Wer stimmt gegen diesen Antrag? – Niemand. Wer enthält sich der Stimme? – Das sind die Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion. Damit stelle ich fest, dass der **Antrag Drucksache 16/6122 – Neudruck** – mit großer Mehrheit **angenommen** worden ist.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, bevor ich Tagesordnungspunkt 3 aufrufe, darf ich darauf hinweisen, dass Herr Kollege Dr. Paul nach § 31 unserer Geschäftsordnung darum gebeten hat, dass ihm das Wort für eine **Erklärung außerhalb der Tagesordnung** erteilt wird. – Sie kennen die zeitliche Vorgabe für eine solche Erklärung, Herr Kollege. Sie darf bis zu drei Minuten dauern. Damit erteile ich Ihnen, wie gewünscht, für bis zu drei Minuten das Wort. Bitte sehr.

Dr. Joachim Paul (PIRATEN): Vielen Dank. – Verehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Zuschauer! Ich möchte, um alle Missverständnisse zu vermeiden, im Vorfeld sagen: Ich stehe nicht hier, weil ich irgendwelche Entscheidungen des Präsidiums gestern aus der Sitzungsleitung kritisieren möchte.

(Zuruf von den GRÜNEN: Wäre ja noch schöner!)

Das entspricht auch gar nicht der Geschäftsordnung.

Ich stehe hier, um auf einen Punkt aufmerksam zu machen, der uns sehr wichtig ist. Die Ereignisse von gestern, in einem Satz zusammengefasst, lassen sich etwa so ausdrücken: Die Piratenfraktion hat gestern, passend zu einem Tagesordnungspunkt, nicht ganz kollektiv – denn Herr Bayer hatte Schriftführerdienst, und Herr Düngel und Herr Marsching waren nicht im Raum – ein bildhaftes Signal ausgesendet.

Frau Präsidentin hat heute Morgen noch einmal gesagt: Die politische Debatte im Plenum ist per Rede und Gegenrede zu führen. Wir sind der Ansicht, dass an dieser Stelle tatsächlich einmal gemeinsam und konstruktiv – wir Piraten bieten uns da an mitzumachen – über unsere Geschäftsordnung nachgedacht werden muss.

(Zurufe)

– Bitte lassen Sie mich ausreden!

(Unruhe)

Während der Plenarsitzung diese Woche hat Frau Kraft, unsere verehrte Frau Ministerpräsidentin, auch ein bildhaftes Signal durch das Hochhalten einer Tortengrafik ausgesendet.

(Zurufe)

Und ich habe das vor einem Jahr, als es um einen schwarz-gelben Antrag zur rot-grünen Steuererhöhungsorgie ging, auch gemacht, indem ich die Vermögensdezile hochgehalten habe. Für den einen Fall gibt es eine Rüge, der andere Fall ist zumindest grenzwertig.

Ich möchte darum bitten, dass wir gemeinsam noch einmal über unsere Geschäftsordnung konstruktiv nachdenken. Ich wünsche Ihnen eine kreative und erholsame Sommerpause. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN – Zuruf von den GRÜNEN: So ein Quatsch!)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Kollege Dr. Paul, Ihre Erklärung sieht nach unserer Geschäftsordnung jetzt keine weitere Vertiefung durch eine Debatte vor. Ich will allerdings darauf hinweisen, dass Frau Präsidentin heute Morgen ja auch noch einmal sehr deutlich ihre Entscheidung von gestern begründet und dargelegt hat, dass sie es für nötig hält, daraus im weiteren Verlauf der Debatte über das Abgeordnetengesetz des Landtags Nordrhein-Westfalen Konsequenzen zu ziehen.

Ich denke, dann wird noch ausreichend Gelegenheit sein, nicht nur Ihr Verhalten von gestern, das Verhalten Ihrer Fraktion zu würdigen, sondern gegebenenfalls auch noch die Argumente, die Sie jetzt angeführt haben. Dabei wollen wir es zu dieser Erklärung an dieser Stelle belassen.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt

3 Gesetz zur Aufhebung des Tariftreue- und Vergabegesetzes Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/4443

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand
und Handwerk
Drucksache 16/6152

zweite Lesung

Ich eröffne die Aussprache und erteile zunächst für die SPD-Fraktion Herrn Kollegen Schmelzter das Wort. Bitte, Herr Kollege.

Rainer Schmelzter (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich fühle mich in das Jahr 2005 zurückversetzt. Damals hat eine schwarz-gelbe Landesregierung gegen die guten Sitten dieses Hauses insofern verstoßen, als dass eine Evaluierung zu einem Gesetz vorlag, man die Evaluierung aber nicht gewürdigt hat und das damalige Tariftreuegesetz mit einem Handstreich wieder zurückgenommen hat.

Es gibt gar nicht so wahnsinnig viel zu diesem Gesetzentwurf zu sagen. Das wäre auch der Länge dieses Gesetzes nicht angemessen. In der Anhörung sind die Punkte der Mehrkosten auf Nachfragen von uns widerlegt worden, weil es keine Mehrkosten definitiv zu benennen gibt. Es sind Schätzungen. Es liegen keine Daten vor. Es gibt beim ÖPNV lediglich wenige Anwendungsfälle. Somit ist es ein Problem.

Wir machen das, was in diesem Tariftreue- und Vergabegesetz steht. Wir evaluieren das Gesetz. Der Minister hat angekündigt, dass er die Evaluation vorziehen wird. Wir werden diese Evaluation auswerten. Wenn nötig, werden wir das Gesetz anpassen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nie war es so leicht, in diesem Haus einen Gesetzentwurf abzulehnen wie heute. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Danke, Herr Kollege Schmelzter. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Dr. Bergmann.

Dr. Günther Bergmann (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren! Heute beraten wir abschließend den Gesetzentwurf der FDP zur Abschaffung des Tariftreue- und Vergabegesetzes. Die beiden Fraktionen von SPD und Grünen begründeten ihre Ablehnung des Gesetzentwurfes in den Ausschüssen ebenso wie mein Vorredner gerade auch damit,

(**Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis**)

dass bisher noch keine Evaluation des Tariftreue- und Vergabegesetzes vorliege und damit die Forde-